Mit unserem Freiflächengesetz wird es auch weiterhin Volks- und Bürgerentscheide zu Stadtentwicklung und Liegenschaften geben, aber als wirklich letztes und nicht als einziges Mittel, das den Berliner*innen zur Verfügung steht.



IHR ANSPRECHPARTNER



HEIKO HERBERG

geboren am 22. Juli 1987 in Berlin-Wedding

hherberg@piratenfraktion-berlin.de
twitter.com/heikoherberg
www.heikoherberg.de
+49 (0) 30 23 25 26 83



KONTAKT

Wir freuen uns über Ihr Interesse an unserer Arbeit.
Sie erreichen die Fraktion unter:

Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Adresse:

Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Web:

www.piratenfraktion-berlin.de

E-Mail:

post@piratenfraktion-berlin.de

Telefon:

+49 (0) 30 23 25 26 11

freiFLÄCHEN



gemeinsam
+ entscheiden
+ gestalten
+ nutzen

PIRATENFRAKTION
im Abgeordnetenhaus von Berlin

Ob Tempelhofer Feld, Mauerpark, Spreeufer oder Gleisdreieck, die Zeiten als die Berliner*innen die Entscheidungen des Senats über „ihre“ Freiflächen kommentarlos hingenommen haben, sind vorbei. Zu oft wurden städtebaulich, historisch und landschaftlich bedeutende Areale in Landeseigentum einfach an die meistbietenden Interessenten verscherbelt, ohne Rücksicht auf eine nachhaltige Entwicklung oder soziale Belange zu nehmen.

Die noch im Landeseigentum verbliebenden Freiflächen sind rar und stehen in einem knappen Verhältnis zum Bedarf an Erholung, Freizeit, Spiel und Spaß für die Berliner*innen.



Berlin kann es sich nicht leisten, seine Freiflächen zu veräußern, flächendeckend zu bebauen oder zu versiegeln, kurz: die Möglichkeiten für Natur- und Landschaftsschutz oder eine gemeinschaftliche Nutzung für Erholung und Freizeit endgültig zu zerstören.

Die Berliner*innen wollen über das OB und das WIE der Nutzung der Freiflächen mitentscheiden, und nicht erst gefragt werden, wenn der Masterplan schon steht. Die gesetzlich vorgeschriebenen Instrumente reichen nicht aus, um dem Willen der Berliner*innen zur Mitentscheidung gerecht zu werden. Weder ist ausreichend transparent, welche Vorschläge von wie vielen Berliner*innen eingebracht wurden, noch besteht für die Politik die Pflicht zu den eingegangenen Vorschlägen Stellung zu nehmen.

KEIN VERKAUF

Wir sprechen uns gegen jegliche Übertragung von Eigentum der Flächen Berlins aus, wenn sich dadurch der direkte Einfluss des Landes schmälert.
Pachtverträgen und Erbbaurecht – soweit zur Absicherung von Investionen erforderlich – stehen wir offen gegenüber.

MEHR DIREKTE PARTIZIPATION, MEHR RELEVANZ DER BETEILIGUNG FÜR BERLINER/INNEN

Wir wollen die Berliner*innen mit einem mehrstufigen direktdemokratischen Partizipationsverfahren von Anfang an in die Entscheidungsprozesse über eine Freifläche einbeziehen. Aus diesem Verfahren heraus kann sich dann ein ständiger Dialog zwischen Senat und Berliner*innen entwickeln, der zu einer höheren Akzeptanz von politischen Entscheidungen auf Landes- und Bezirksebene führt. Indem die Menschen Gestaltungsmöglichkeiten bekommen, stärken wir direkte Demokratie. Die Transparenz aller Vorgänge ist essenziell. Deshalb soll die Verwaltung der Freiflächen durch landeseigene Unternehmen erfolgen, in denen die Berliner*innen in Beiräten über Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie zu Belangen der Anwohner*innen mitbestimmen können.



Wir sind der Ansicht, dass die Berliner*innen über genügend Verantwortungsbewusstsein verfügen, um eine gute Balance zwischen Natur- und Landschaftsschutz, gemeinsamer Nutzung für Erholung und Freizeit sowie Bebauung für Gewerbe und Wohnen zu finden. Diese Kompetenz findet in direktdemokratischen Entscheidungsmöglichkeiten ihre Anerkennung durch die Politik.

PILOTPROJEKTE ZUR SELBSTVERWALTUNG

Freiflächen, die nicht dem Natur- und Landschaftsschutz gewidmet sind, sollen künftig zunächst in Pilotprojekten durch die Berliner*innen in Selbstverwaltung gestaltet werden können. Jeder Berliner*in kann für eigene Projekte werben und diese bei genügend Unterstützung durch andere Nutzer*innen auch temporär begrenzt auf einer Teilfläche umsetzen. Ob Urban Gardening, Liegewiese, Kulturprojekt oder Freizeitgestaltung: Jedes Projekt hat die gleiche Chance, da alle Berliner*innen, die sich beteiligen wollen, stimmberechtigt sind.

NATUR- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ

Jeweils ein erheblicher Teil der Freifläche soll dem Natur- und Landschaftsschutz gewidmet werden. Wir wollen bestehende, schützenswerte Flächen für den Natur- und Landschaftsschutz erhalten und andere neu und nachhaltig gestalten. Die freie Zugänglichkeit der Freiflächen ermöglicht allen das Erlebnis „Natur“.

WOHNEN UND GEWERBE

Senat und Koalition werben mit bezahlbarem Wohnraum. Bezahlbar – für wen? Bei Mietpreisen von 6,50 bis 8,50 Euro pro Quadratmeter stünde dieser Wohnraum für diejenigen nicht zur Verfügung, die auf die Daseinsvorsorge des Landes Berlin angewiesen sind. Aber gerade für Empfänger von Sozialleistungen und Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes fehlt in Berlin Wohnraum. Wir wollen mehr Beteiligung und Mitentscheidung für die Berliner*innen, mehr Transparenz, Kontrollmöglichkeiten von Regierung und Verwaltung.

Gut informiert und vorbereitet können Berliner*innen mehr als Ja- oder Nein-Entscheidungen treffen. Volksentscheide sind notwendige und wirksame Mittel der direkten Demokratie, aber kein Ersatz für den Dialog zwischen der Regierung und den Wähler*innen.